

## **Patienten müssen Existenzangst haben**

### **Urologe Dr. Meudt kritisiert Gesundheitsreform**

Main-Kinzig-Kreis.

Die Gesundheitsreform 2009 war aus der Sicht des Gelnhäuser Urologen Dr. Stefan Meudt damals vom Gesundheitsministerium positiv angekündigt worden: Abschaffung der Budgets und Morbiditätsrisiko bei den Kassen. Das heißt die ärztliche Leistung wird in Euro honoriert, sodass jeder Arzt vorher weiß, wie viel er verdient. Zwei Jahre später ist von diesen Erwartungen nicht viel übrig.

**GNZ-Redakteur Michael Lohbusch** spricht mit Dr. Meudt über die täglichen Auswirkungen der Reform.

**GNZ:** Wie hat sich die Reform auf ihre Praxis ausgewirkt?

**Dr. Stefan Meudt:** Die neue Vokabel für den Begriff Budget lautet Regelleistungsvolumen (RLV). Dies bedeutet, dass uns Ärzten planwirtschaftlich vorgeschrieben wird, wie viele Patienten wir gegen Honorar behandeln dürfen. Zur Behandlung eines Patienten ist jedes Quartal eine Obergrenze festgesetzt. Im ersten Quartal 2009 konnte ich maximal 25,85 Euro abrechnen, im zweiten Quartal sind es noch 19,67. Noch nicht einmal die Grundpauschale wird komplett vergütet. Die Abklärung bei einem Verdacht auf ein Prostatakarzinom mit Untersuchung, Ultraschall, Biopsie der Prostata unter Lokalanästhesie mit einem Hochleistungs-Ultraschallgerät wird mit 19,67 Euro honoriert.

Finde ich ein Karzinom, muss ich dies und die Therapiemöglichkeiten mit dem Patienten besprechen und die Vorbereitung für die OP leisten. Dies ist im Preis inbegriffen. Lediglich eine Röntgenuntersuchung wird mit 5 Euro zusätzlich vergütet. Eine hoch spezialisierte Facharztleistung wird für den Gegenwert eines Herrenhaarschnitts erbracht.

Im ersten Quartal 2009 habe ich über 400 Patienten kostenlos behandelt. In diesem Quartal war mein RLV bereits am 19. Mai erschöpft. Seitdem behandle ich die Patienten unentgeltlich bis Ende Juni. Ich trage das Risiko, wenn ich mehr Patienten behandle, denn der Leistung folgt keine Bezahlung. Das Fatale an der Geschichte ist jedoch, dass ich es auch trage, wenn ich mehr Medikamente verordne. In Form eines Regresses holt sich die Krankenkasse die Mehrausgaben zurück!

### **Welche Probleme ergeben sich daraus für Sie?**

Leider ist es so, dass Frau Schmidt den Unterschied zwischen Umsatz und Gewinn nicht kennt. Die Gesundheitsministerin nennt Umsatzzahlen, um eine Neiddebatte zu schüren. Tatsächlich ist es aber so, dass ich von den maximal 19,67 Euro pro Patient pro Quartal noch die Praxisausstattung, die Miete, die Steuern und die Löhne für meine Mitarbeiterinnen bezahlen muss.

Hieraus folgt, dass das Minus um so größer wird, je zeitaufwändiger eine Behandlung ist. Ich bin gezwungen, mich auf die WANZ-Vorgabe zu beschränken: Wirtschaftlich, Ausreichend, Notwendig und Zweckdienlich. Zeit für Trost des Patienten oder nette Worte, die das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient mitbestimmen, laufen Gefahr im Wirtschaftlichkeitsgebot unterzugehen.

### **Hat sich auch etwas verbessert?**

Diese Frage ist eindeutig mit Nein zu beantworten. Die wirklich Leid tragenden dieser Reform sind die Patienten.

---

## Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Alle Reformen der vergangenen Jahre waren Verschlimmbesserungen. Die Beiträge und Zuzahlungen sind für die Patienten so hoch wie nie zuvor, wobei die Leistungen weiter rationiert werden. Die Honorare für die Ärzte sind so niedrig, wie nie zuvor. Die Beteuerungen des Gesundheitsministeriums und der Krankenkassen, dass die Ärzte mehr verdienen, sind unwahr.

Das System unserer Krankenversicherung stammt aus dem 19. Jahrhundert und war bei der damaligen Alterspyramide auch praktikabel. Der demographische Wandel zeigt deutlich die Grenzen dieses Systems auf. Zwar wird dem Patienten von der Politik suggeriert, dass ihm alle medizinisch sinnvollen und notwendigen Maßnahmen zur Verfügung stehen. Dies entspricht leider nicht der Wahrheit.

Immer modernere Medizin bedeutet auch teurere Medizin und die ist mit immer weniger Geld nicht für alle zu finanzieren. Hier muss die Politik Farbe bekennen. 1970 haben die Krankenkassen noch 22,7 Prozent ihrer Gesamtausgaben für die ambulante Versorgung ausgegeben, im Jahr 2005 waren es nur noch 15,04 Prozent.

Die Verwaltungsausgaben der Kassen werden derzeit auf 8 Prozent netto veranschlagt, wobei der Bruttoverwaltungsanteil wahrscheinlich bei 15 Prozent liegt. Das heißt die **Verwaltung kostet so viel wie die gesamte ambulante Versorgung**.

Das Problem ist nicht ein innerärztliches Verteilungsproblem, sondern ein krasses Missverhältnis zwischen den Ausgaben für Verwaltung und Honorierung der ärztlichen Leistungen. Es lässt sich nicht nachvollziehen, wo große Teile des Geldes der Krankenkassen versickert.

## Viele Facharztkollegen klagen über die Reform, fürchten ihre Praxis auf lange Sicht schließen zu müssen. Herrscht Existenzangst im Kreis?

Noch kann ich die Verluste aus der Kassenarzt-Tätigkeit mit Einnahmen aus der Behandlung der Privatpatienten kompensieren. Das moralisch Ungeheuerliche ist, dass die Privatversicherungen eingestampft werden sollen, obwohl diese das marode gesetzliche System aufrechterhalten.

Hier sollte die Politik sich auf Fakten und Wahrheit besinnen: Man beißt nicht die Hand, die einen füttert. Die Facharztkollegen im Kreis berichten unisono über die gleichen Probleme. Wenn die Schmidt'sche Gesundheitspolitik fortgesetzt wird, wird es die gewohnte ärztliche Versorgung im nächsten Jahr nicht mehr geben.

Der Facharzt um die Ecke wird abgeschafft. Es folgt Wartezeit- und Zuteilungsmedizin. Die Krankenhäuser können die fachärztliche Versorgung nicht übernehmen, es fehlt an Personal und Infrastruktur.

Die aufgezwungene Personalknappheit der Krankenhäuser führt bereits den Gedanken an eine Auflösung der so genannten doppelten Facharztschiene ad absurdum.

Wenn dieses Gesundheitssystem, das einst das beste der Welt war, weiter demontiert wird, wird dies in den nächsten Generationen nicht reparabel sein.

Ich bin mit meiner Ausbildung im Ausland sehr gefragt und müsste mir keine Sorgen machen.

Meine Patienten können sich jedoch nicht im Ausland behandeln lassen.

Die größere Existenzangst müsste bei ihnen liegen.

---